

Slowenien

Sabine Willenberg

Dass vorgezogene Parlamentswahlen unumgänglich werden, hatte sich bereits im Frühjahr 2011 abgezeichnet.¹ Angesichts der tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise in Slowenien bröckelte die sozialliberale Koalition um Ministerpräsident Borut Pahor (Sozialdemokratische Partei – SD) immer weiter auseinander, bis sich der Premier – trotz des massiven Drucks der EU – zur Handlungsunfähigkeit verurteilt sah. Von der Opposition initiierte Referenden wie um die für die Sanierung des slowenischen Haushalts unumgängliche und aus Brüssel massiv angemahnte Rentenreform hatten der Regierung immer weiter die Hände gebunden. Gleichzeitig hatten sie den Weg des Oppositionsführers Janez Jansa (Slowenische Demokratische Partei – SDS) zurück ins Amt – schon zwischen 2004 und 2008 hatte er Slowenien in nationalkonservativem Stil regiert – scheinbar sicher geebnet.

Während die Sozialdemokraten erwartungsgemäß für die Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht und mit einem Einbruch ihres Stimmenanteils von 30 auf 10 Prozent abgestraft wurden, gelang der Machtwechsel nach den Wahlen am 4. Dezember 2011 längst nicht so unkompliziert, wie von Kontrahent Jansa gehofft. Nach einem Nervenkrieg hin zur Regierungsneubildung blickt die EU nunmehr gespannt auf die Arbeit des umstrittenen Ex- und Neu-Premiers Jansa, dem die Mammutaufgabe obliegt, den einstigen EU-Musterschüler Slowenien aus der tiefen Haushalts- und Eurokrise zu holen.²

Regierungs-Comeback Jansas mit Hindernissen

Der Wahlausgang im Dezember kam äußerst überraschend: Als Kandidat mit Macher-Image tauchte nur kurz vor den für Jansa scheinbar schon entschiedenen Wahlen Ljubljanas Bürgermeister Zoran Jankovic auf der Bühne auf – und sprintete mit seiner Liste „Positives Slowenien“ in nur sieben Wochen zum Wahlsieg. Die schallende Ohrfeige für Jansas Nationalkonservative nährte umso mehr die Hoffnungen auf schnelle Reformen, für die der erfolgreiche Ex-Mercator-Manager Jankovic über die slowenische Rechts-Links-Kluft hinweg prädestiniert schien.³ Die Ernüchterung erfolgte jedoch auf dem Fuße: Bei der parlamentarischen Abstimmung am 11. Januar 2012 scheiterte der designierte Ministerpräsident, nachdem Jansa alle Hebel gegen den Kontrahenten in Bewegung gesetzt und durch den Boykott der rechtsgerichteten Parteien eine Regierungsmehrheit verhindert hatte. Zünglein an der Waage wurde vor allem die liberale „Bürgerliste“ des Ex-Verwaltungsministers Gregor Virant, die sich im Herbst 2011 aus Abtrünnigen der SDS gebildet hatte, nun aber kurzfristig von ihrer Koalitionszusage an Jankovic abgewichen war.⁴

1 Vgl. auch Sabine Willenberg (2012): Slowenien, in: Werner Weidenfels/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der europäischen Integration 2011, Baden-Baden 2012, S. 467ff.

2 Vgl. Reinhard Wessel (30.01.2012): Nun doch: Neue Mitte-rechts-Regierung für Slowenien. KAS-Länderbericht, http://www.kas.de/wf/doc/kas_30057-1522-1-30.pdf?120206112544.

3 Vgl. derStandard.at (05.12.2011): Ex-Manager Zoran Jankovic triumphiert.

4 Vgl. derStandard.at (11.01.2012): Designierter Premier Jankovic scheitert im Parlament, <http://derstandard.at/1326248987561/Designierter-Premier-Jankovic-scheitert-im-Parlament>.

Die weitere Regierungssuche geriet dann nicht zuletzt zu einem Machtkampf zwischen Jansa und Präsident Danilo Türk, der Jansa auch noch, nachdem sich sein Alternativkandidat, Banker Marko Voljc, als nicht mehrheitsfähig erwies, das Mandat zur Regierungsbildung verweigerte. Weil sich der aussichtsreiche Kandidat Janez Jansa gleichzeitig in der Schmiergeld-Affäre – in der ihm für seine frühere Amtszeit Korruption und Amtsmissbrauch beim Kauf von Patria-Radpanzern vorgeworfen wird⁵ – vor Gericht verantworten musste, entzog ihm Türk die notwendige Legitimation für den Premierposten. Erst die Eigeninitiative des Parlaments, das gemäß Paragraph 111 der slowenischen Verfassung selbst das Vorschlagsrecht für den Regierungschef wahrnahm, verhalf Jansa schließlich Ende Januar ins Amt.

Rentenreform und Rentnerpartei DeSuS als Zünglein an der Waage

Die neue Regierung stützt sich auf eine Koalition aus fünf Parteien: SDS, die kleinen Rechtsparteien SLS (Volkspartei) und NSi (Neues Slowenien), die liberale DLV (Bürgerliste Gregor Virant) und die Pensionistenpartei (DeSUS), wobei letztere als Königsmacher im Slowenien-typischen Patt zwischen Rechts und Links fungierte. Gerade mit dieser Partei scheinen die Konflikte aber vorprogrammiert, denn die Rentenreform, die die Vorgängerregierung faktisch das Mandat kostete und welche die DeSuS opponiert, ist auch von Jansas Regierung nicht zu umgehen: Das niedrige Rentenalter von derzeit 61 (Frauen) bzw. 63 (Männer) Jahren, das auf 65 angehoben werden sollte, reißt jährlich Milliardenlöcher ins Budget, die sich Slowenien nicht mehr leisten kann.⁶

Altlast Familiengesetz

Zu einem ersten Test für die neue Regierungsfähigkeit avancierte im März 2012 die Volksabstimmung über das Familiengesetz. Dieses sollte eine Anpassung an die Familiendefinition der UNO vornehmen, und damit eine Stärkung der Rechte des Kindes ungeachtet der jeweiligen Familienform sowie eine Ausweitung von Rechten für Homosexuelle. Das liberale Gesetz war von der früheren Mitte-Links-Regierung Pahors verfasst und im Juni 2011 vom Parlament verabschiedet worden. Während es bei verschiedenen angesehenen Fachleuten und Menschenrechtsorganisationen breite Unterstützung fand, war es in konservativen Kreisen hoch umstritten. Die neue Mitte-Rechts-Regierung Jansas, die sich als Ganzes offiziell aus der Kampagne heraushielt, teilte das Referendum in zwei Lager: Während die liberale Bürgerliste DLV und die DeSUS das Gesetz befürworteten, opponierten es die SDS von Premier Janez Jansa sowie die kleinen konservativen Parteien, NSi und SLS. Das Familienministerium, das unter der früheren Regierung das Gesetz verfasst hatte, geriet durch den Regierungswechsel gleichzeitig in eine unangenehme Lage, indem es unter der neuen Leitung sein eigenes Gesetz nicht mehr unterstützen und verteidigen durfte. Trotzdem gelang der Zusammenhalt der Koalition, und Jansa verbuchte die mehrheitliche Ablehnung des Gesetzes im Referendum als Bestätigung seiner Politik.⁷

5 Vgl. [derStandard.at](http://derstandard.at/02.05.2012) (02.05.2012): Patria-Prozess geht weiter, <http://derstandard.at/1334796812509/Waffengeschaeft-Patria-Prozess-geht-weiter>.

6 Vgl. Reinhard Wessel (30.01.2012): Nun doch: Neue Mitterechts-Regierung für Slowenien. KAS-Länderbericht.

7 Vgl. [derStandard.at](http://derstandard.at/25.03.2012) (25.03.2012): Klares Neun zum Familiengesetz, <http://derstandard.at/1332323741950/Referendum-Slowenien-Klares-Nein-zu-neuem-Familiengesetz>.

Gelingt das Meisterstück Haushalts- und Bankensanierung?

Knackpunkt für den Regierungserfolg Jansas bleibt aber sein Vermögen, die Haushaltskrise des Landes, die sich nunmehr zusätzlich zu einer Bankenkrise ausgewachsen hat, in den Griff zu bekommen. Angekündigt hat er massive Reformen; ohne die ist eine Sanierung nicht zu machen. Slowenien ist seit 2007 Teil der Euro-Zone. Mit einer Wirtschaftsleistung von gut 35 Milliarden Euro gehört es zu den kleinsten Mitgliedern der Währungsunion. 2009 brach das Bruttoinlandsprodukt um 8,1 Prozent ein; nach einer leichten Erholung rutschte Slowenien im vergangenen Jahr erneut in die Rezession. Besonders schwer macht dem Land der Bankensektor zu schaffen, vor allem seit zuletzt die größte Bank, die Nova Ljubljanska Banka, ins Straucheln geriet. Die schrumpfende Wirtschaft nimmt dem Staat jedoch die Kraft, sie aus eigener Kraft zu sanieren. Wie Spanien hat Slowenien bislang einen vergleichsweise niedrigen Schuldenstand, besorgniserregend ist aber die Dynamik der Neuverschuldung. Bankenmisere und Rezession nehmen Slowenien zusätzlich die Möglichkeiten, an den Kapitalmärkten an frisches Geld zu kommen, was Finanzierungskosten auf den Höchststand, Slowenien an der Rand der Wettbewerbsfähigkeit trieb.

Die neue Regierung versprach, das Defizit bis 2013 auf 2,9 Prozent zu senken – und so wieder die Maastricht-Kriterien zu erfüllen. Dazu muss sie vor allem den restriktiven Arbeitsgesetzen, dem schwierigen Zugang zu Krediten und der ineffizienten Bürokratie entgegenarbeiten, nicht zuletzt die unbeliebte Rentenreform auf den Weg bekommen.⁸

Im ersten Schritt setzte Jansa auf radikale Sparpolitik, begründet auf einer gnadenlosen Analyse – und Abrechnung mit – der Arbeit der Vorgängerregierung, die er für die prekäre Situation verantwortlich macht. Das Fiskal-Balance-Gesetz führte – unter dem Protest der Bevölkerung, die eine Reduzierung der Pensionen befürchtete, jedoch in achtsamer Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern – zu einer Neuberechnung der Pensionen und Einzahlungen in den Pensionsfonds, deren tatsächliche Effekte auf Pensionshöhe einerseits und Sparpotenziale andererseits aktuell aber noch analysiert werden.⁹ Außerdem wurden erste Maßnahmen zur Abschaffung von Barrieren sowie zur Verbesserung des Wirtschaftsumfelds in Slowenien eingeleitet.

Von der Wirksamkeit seiner lancierten Gegenmaßnahmen zeigt sich Jansa überzeugt. So dementierte er Anfang Juli 2012 auf Schärfste Gerüchte, Slowenien sei das nächste Land, das EU-Finanzhilfen beantrage. Im Gegenteil sei die Gefahr dank seines Sparpakets „vorübergehend“ gebannt. Finanzhilfen seitens des Internationalen Währungsfonds oder von den europäischen Hilfsmechanismen seien nicht nötig.¹⁰

Gleichwohl seien Jansa nach weitere rigide Sparmaßnahme unvermeidbar, weitere „harte Nüsse noch zu knacken.“¹¹ Für die Verankerung einer goldenen fiskalischen Regel in der Verfassung, die Sloweniens Position auf den nationalen Finanzmärkten deutlich verbessern soll, wirbt Jansa noch um die nötige parlamentarische Zwei-Drittel-Mehrheit. Die

8 Vgl. SpiegelOnline (03.07.2012): Euro-Krise erreicht Slowenien, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/euro-krise-schleupft-slowenien-unter-den-rettungsschirm-a-842416.html>.

9 Vgl. Republic of Slovenia – Prime Minister (12.07.2012): Prime Minister Janez Jansa: Vote on the golden fiscal rule – a test without precedence in Slovenian parliamentarism, http://www.kpv.gov.si/nc/en/press_centre/news/article/225/6083/.

10 Vgl. Slowenien dementiert Hilferuf an die EU. In: SpiegelOnline, 04.07.2012, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/slowenien-kein-geld-aus-euro-rettungsschirm-a-842590.html>.

11 Vgl. Republic of Slovenia – Prime Minister (12.07.2012): Prime Minister Janez Jansa: Vote on the golden fiscal rule – a test without precedence in Slovenian parliamentarism.

Vorbereitung der Entwicklungsstrategie für die Periode ab 2013 soll außerdem die Basis legen, um einfacher auf die Europäischen Fonds zugreifen zu können. Einem strukturellen Defizit der Vorgängerregierung stellte sich der neue Premier auch, indem er das Management von Staatsanleihen ebenso wie eine Restrukturierung der Handelsbilanz in die neu konstituierte staatliche Holding überführte.

Zu seinem umfassenden Reformprogramm gehören aber auch Maßnahmen, um der bisherigen Nicht-Implementierung des Luftqualitäts-Programms sowie dem Stillstand in administrativen Prozeduren der Umweltagentur der Republik Slowenien entgegenzuwirken. Diese hatten Slowenien zuletzt schon Klagen vor dem Gerichtshof der EU eingebracht.¹²

Angesichts seiner nur schwachen Regierungsmehrheit wird die Machbarkeit und Wirksamkeit von Jansas Maßnahmen nun maßgeblich auch davon abhängen, inwieweit es ihm gelingt – mit oder trotz – seines bekannten konfrontativen Regierungsstils statt einer Verhärtung der slowenischen Fronten einen fraktionsübergreifenden Konsens zu erreichen. Stimmungsbarmeter dafür ist der bereits angelaufene Wahlkampf um das Präsidentenamt, für das auch Jansa-Kontrahent Türk wieder antritt und der bereits heftig die divergenten Positionen entlädt.¹³

Kontinuität in der Westbalkanpolitik?

Auch in der südöstlichen Nachbarschaft brachte Jansas Regierungsantritt zunächst Zurückhaltung. Er gilt als Hardliner, der sich vor allem im Grenzkonflikt mit Kroatien bislang unnachgiebig gezeigt hatte: Das Abkommen über die Beauftragung eines externen Schiedsgerichts, das 2011 die Blockade der kroatischen Beitrittsverhandlungen gebracht hatte, hatte er kategorisch abgelehnt. Er stellte im Gegenteil in national-konservativer Polemik auch die Ablehnung eines kroatischen EU-Beitritts immer wieder zur Disposition. Entsprechend gespannt bleibt das nachbarschaftliche Verhältnis bis zu einer endgültigen Klärung im Vorfeld des für Juli 2013 avisierten Beitritts. Gleichzeitig setzte Jansa in den multilateralen Beziehungen im westlichen Balkan zunächst auf Kontinuität und führte den Brdo-Prozess fort, der die slowenische Vorreiterrolle bei der Integration der postjugoslawischen Staaten in die EU institutionalisieren soll.¹⁴ Gleichwohl bleibt die Rolle des Prozesses wie unter der Vorgängerregierung bislang beschränkt, das europapolitische Profil entsprechend unscharf.

Weiterführende Literatur

Reinhard Wessel: Nun doch: Neue Mitte-rechts-Regierung für Slowenien, KAS-Länderbericht, Januar 2012, http://www.kas.de/wf/doc/kas_30057-1522-1-30.pdf?120206112544.

12 Vgl. Republic of Slovenia – Prime Minister (17.07.2012): Adoption of legislation is of vital importance to the state, http://www.kpv.gov.si/nc/en/press_centre/news/article/225/6093/.

13 Vgl. Republic of Slovenia – Prime Minister (12.07.2012): Prime Minister Janez Jansa: Vote on the golden fiscal rule – a test without precedence in Slovenian parliamentarism. (a.a.O.).

14 Vgl. The Slovenia Times (08.06.2012): Good relations between Slovenia and Macedonia reaffirmed, <http://www.sloveniatimes.com/good-relations-between-slovenia-and-macedonia-reaffirmed>. (a.a.O.).